

Integrationskonzept Kreis Gütersloh

Dokumentation der Integrationskonferenz
12.05.2023



Inhalte:

- I. Programm und Präsentation
- II. Ergebnisse der Arbeitsgruppenphase

I. Programm und Präsentation



Agenda

- 15:00 Uhr** **Ankunft mit Stehcafé**
- 15:15 Uhr** **Begrüßung** | Susanne Koch, Kreisdirektorin & Manuel Erdmeier, Abteilungsleitung KI
- 15:30 Uhr** **Impulsvortrag: *Auf dem Weg zu krisenfesten Vielfaltsstrategien? Erfolgsfaktoren und Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik*** | Claudia Walther, Bertelsmann Stiftung
- 16:00 Uhr** **Podiumsdiskussion** | Moderation: Patricia Jessen, Ibis Institut
- 16:15 Uhr** **Erarbeitung des neuen Integrationskonzeptes für den Kreis Gütersloh – Prozess und aktueller Zwischenstand** | KI Kreis Gütersloh & Patricia Jessen, Ibis Institut
- 16:45 Uhr** **Pause**
- 17:00 Uhr** **Erste Workshop-Phase**
- 17:45 Uhr** **Pause**
- 18:00 Uhr** **Zweite Workshop-Phase**
- 18:45 Uhr** **Schlaglichter aus den Workshops im Plenum**
- 19:00 Uhr** **Ausblick und Verabschiedung** | Susanne Koch, Kreisdirektorin & Manuel Erdmeier, Abteilungsleitung KI

Anschließend Einladung zum gemeinsamen Imbiss als Ausklang





Begrüßung | Kreisdirektorin Susanne Koch & Manuel Erdmeier, Abteilungsleitung KI



Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen





Impulsvortrag

Auf dem Weg zu krisenfesten Vielfaltsstrategien? Erfolgsfaktoren und Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik

Claudia Walther, Bertelsmann Stiftung

Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Auf dem Weg zu krisenfesten Vielfaltsstrategien?

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen
kommunaler Integrationspolitik

Claudia Walther, Bertelsmann Stiftung

Inhalt

1. **Einleitung**
2. **Entwicklungsdynamiken und Rahmenbedingungen**
 - 2.1 Entwicklungsdynamiken der Integrationspolitik in Deutschland
 - 2.2 Migration und Integrationspolitik im föderalen Staat
 - 2.3 Dynamiken und räumliche Muster der Migration
 - 2.4 Stand der kommunalen Integrationspolitik
3. **Erfahrungen und Perspektiven in den prämierten Kommunen**
 - 3.1 Stuttgart
 - 3.2 Solingen
 - 3.3 Hersfeld-Rotenburg
 - 3.4 Gemeinde Belm im Landkreis Osnabrück
4. **Kommunale Integrationspolitik in ostdeutschen Städten**
 - 4.1 Stadt Leipzig
 - 4.2 Hanse- und Universitätsstadt Rostock
5. **Erfolgsfaktoren kommunaler Integrationspolitik: Fazit und Ausblick**

BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.)

DR. FRANK GESEMANN, LEA FREUDENBERG, CLAUDIA WALTHER

Auf dem Weg zu krisenfesten Vielfaltsstrategien?

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik



Wie hat sich die Integrations- und Vielfaltspolitik in den Kommunen seit 2005 entwickelt?

Preisträger-Kommunen:

- Landeshauptstadt Stuttgart
- Solingen
- Gemeinde Belm
- Landkreis Hersfeld-Rotenburg
- Kategorie Große Städte
- Kategorie Mittlere Städte
- Kategorie Kleine Städte und Gemeinden
- Kategorie Landkreise

Ostdeutsche Kommunen

- Rostock
- Leipzig



*Bertelsmann Stiftung,
Bundesministerium des Innern (Hrsg.)*

Erfolgreiche Integration ist kein Zufall

Strategien kommunaler Integrationspolitik

| Verlag BertelsmannStiftung

Handlungsempfehlungen 2005



- (1) Integration als Querschnittsaufgabe verankern;
- (2) Strategie und Konzeption (gemeinschaftlich) entwickeln;
- (3) politische Verbindlichkeit herstellen („Integration muss Chefsache sein“);
- (4) lokale Netzwerke aufbauen und unterstützen;
- (5) bürgerschaftliches Engagement aktivieren und Partizipation sicherstellen;
- (6) Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit stärken;
- (7) sozialräumliche Integration fördern („Auf Stadtteilebene planen und arbeiten“);
- (8) interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorantreiben, Zugangsbarrieren abbauen;
- (9) Handlungsfelder bearbeiten: Bildung und Sprache, berufliche Integration (lokale ethnische Ökonomie fördern) und Dialog (interkultureller/interreligiöser Dialog; Öffentlichkeitarbeit und Kommunikation; Bürgerdialoge).
- (10) Erfolge messen: Evaluation und Controlling.

Quelle: eigene Zusammenstellung und sprachliche Zusammenführung aus: Bertelsmann Stiftung und Bundesministerium des Innern (2006); Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (2007)

Meilensteine der Integrationsarbeit in Deutschland

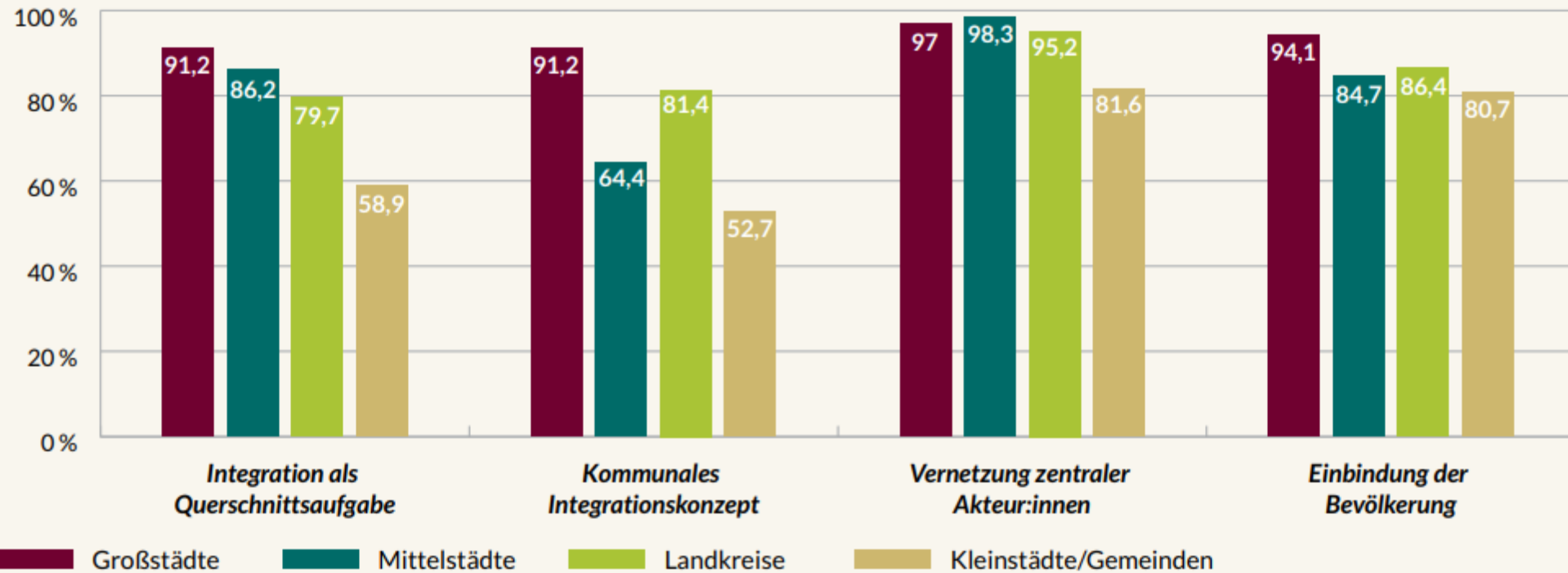


Kurz und bündig: Meilensteine der Integrationspolitik in Deutschland

1999/2000	Reform des Staatsangehörigkeitsrechts
2000/2001	Unabhängige Kommission Zuwanderung („Süssmuth-Kommission“): Deutschland ist Zuwanderungsland
2004/2005	Zuwanderungsgesetz
2004/2005	Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ (Bertelsmann Stiftung/ Bundesministerium des Innern)
seit 2006	Dialogformate: Nationaler Integrationsgipfel; Deutsche Islamkonferenz
2007	Nationaler Integrationsplan mit Handlungsempfehlungen der kommunalen Spitzenverbände
2011	Nationaler Aktionsplan Integration „Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen“
seit 2015/2016	kommunale Konzepte zur Integration von Geflüchteten
2019	Fachkräfteeinwanderungsgesetz
2021	Nationaler Aktionsplan Integration

Strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik

ABBILDUNG 2 Bedeutung von ausgewählten Elementen einer strategischen Integrationspolitik aus der Perspektive von Kommunen

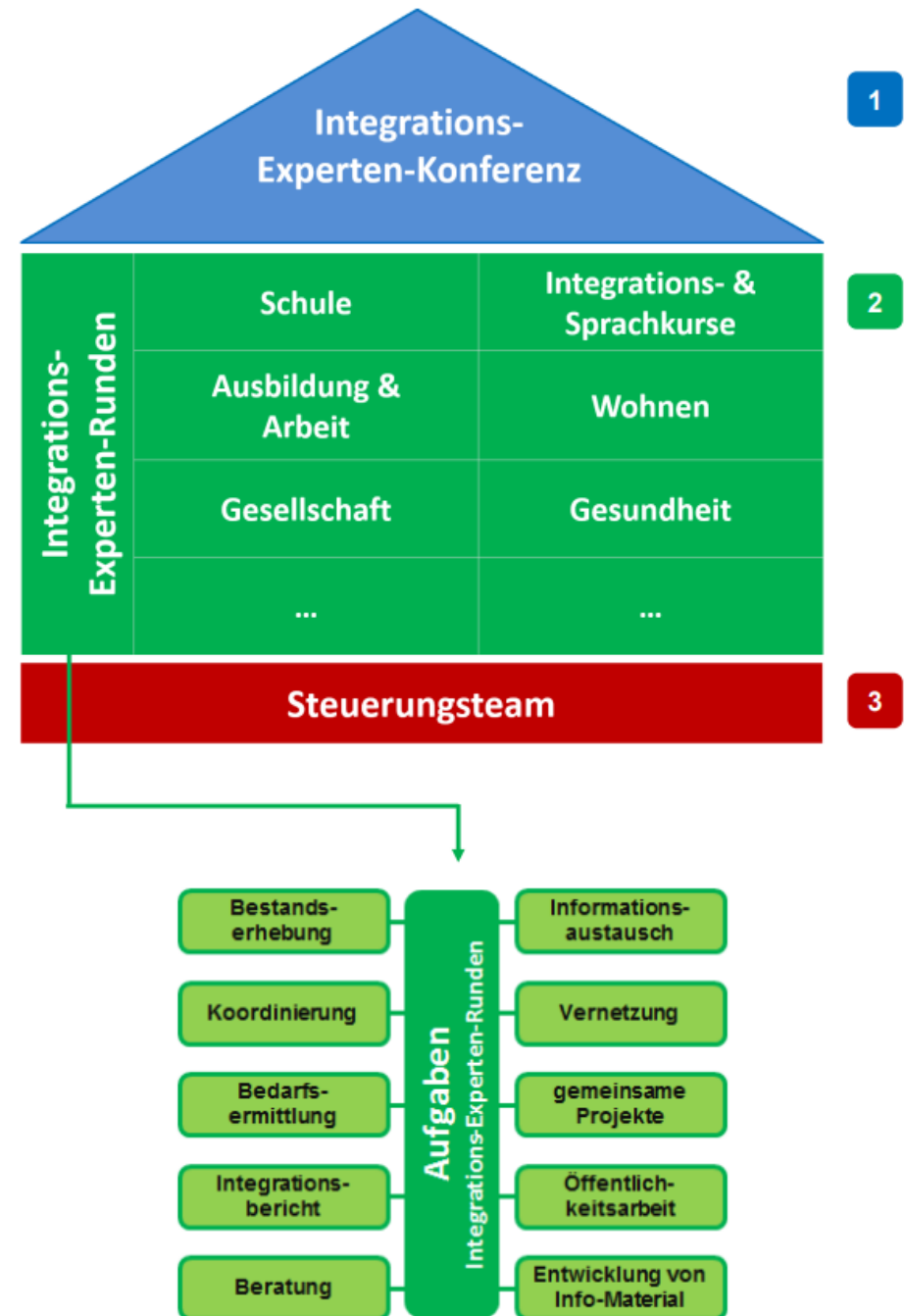


Quelle: Gesemann und Seidel 2022: 133. Die Darstellung basiert auf den Ergebnissen der DESI-Befragung von Kommunen von Januar bis März 2016 (Gesemann und Roth 2016). Eigene Darstellung.

Beispiel: Landkreis Weilheim-Schongau

strategische Ausgangslage

- Erste Anfänge 2018 mit der Gründung von IERs = „Integrations-Experten-Runden“ zu sechs verschiedenen Handlungsfeldern
- Analyse der Situation vor Ort + Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Maßnahmen in gemischten Gremien aus Behörden, themenspezifischen Institutionen, Zivilgesellschaft und Migrant*innen
- Landkreisweite Integrations-Experten-Konferenz im Frühjahr 2019
- Vorberatungen in verschiedenen (politischen) Gremien
- Positiver Kreistagsbeschluss vom 23.07.2021



Beispiel: Landkreis Weilheim-Schongau

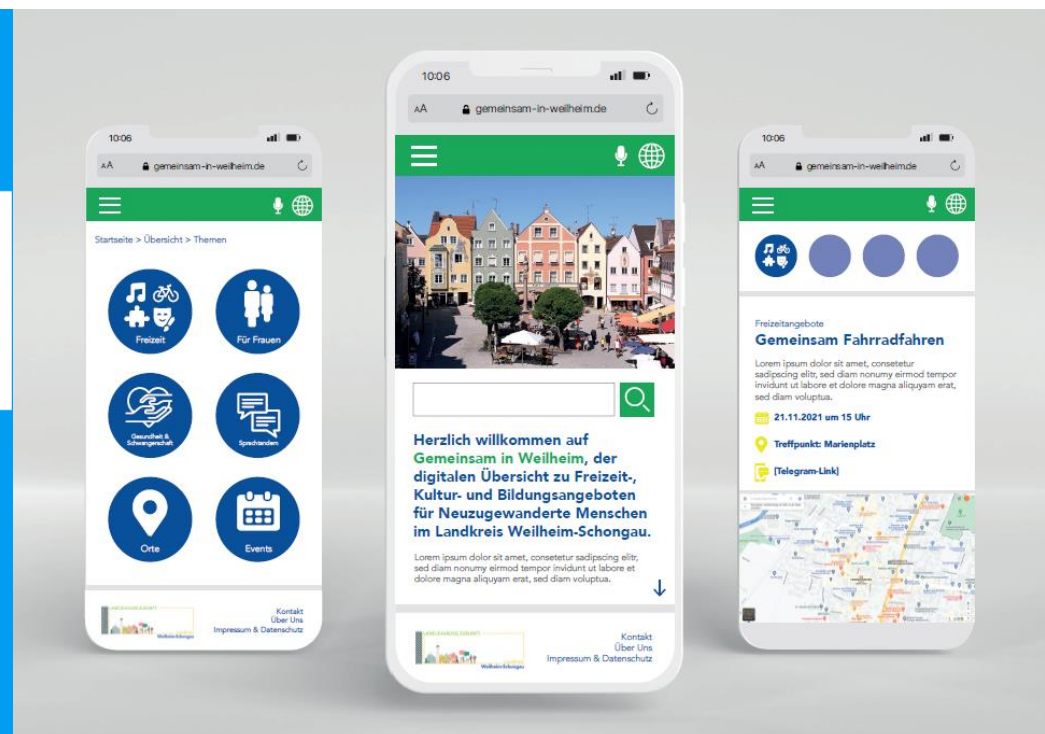
Unser Ausgangspunkt im Programm



Unser Ziel ist es, die Integration von Familien mit Einwanderungsgeschichte durch eine verbesserte Teilhabe an Integrationsangeboten zu fördern. Besonders richten wir uns an neuzugewanderte Frauen und Mütter.

Hierzu haben wir ein digitales Tool entwickelt, das Zugangswege zu analogen Angeboten ermöglicht. Es soll sich dabei nicht nur um reine Informationen drehen, sondern Aktivitäten ermöglichen.

Langfristig sollen Erfahrungen des Projekts allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen.



Beispiel Landkreis Karlsruhe

Die Integreat App im Landkreis Karlsruhe ALLGEMEINER ÜBERBLICK

- Seit **Januar 2021** im **Landkreis Karlsruhe**
 - **Bildungskoordination** als feste Ansprechstelle
 - Integreat App als **digitales Informationspaket-to-go**
 - Schnittstelle zwischen Regelangeboten der Verwaltung, Angeboten diverser Träger und Organisationen, zivilgesellschaftlicher Angeboten etc.:
- für neuzugewanderte Menschen
 - für Personen in der Beratung/Verwaltung
 - Für zivilgesellschaftliche Angebote



Beispiel Landkreis Karlsruhe

Die Integreat App im Landkreis Karlsruhe

MAßNAHMEN & MARKETING IM LANDKREIS KARLSRUHE SEIT MÄRZ 2022

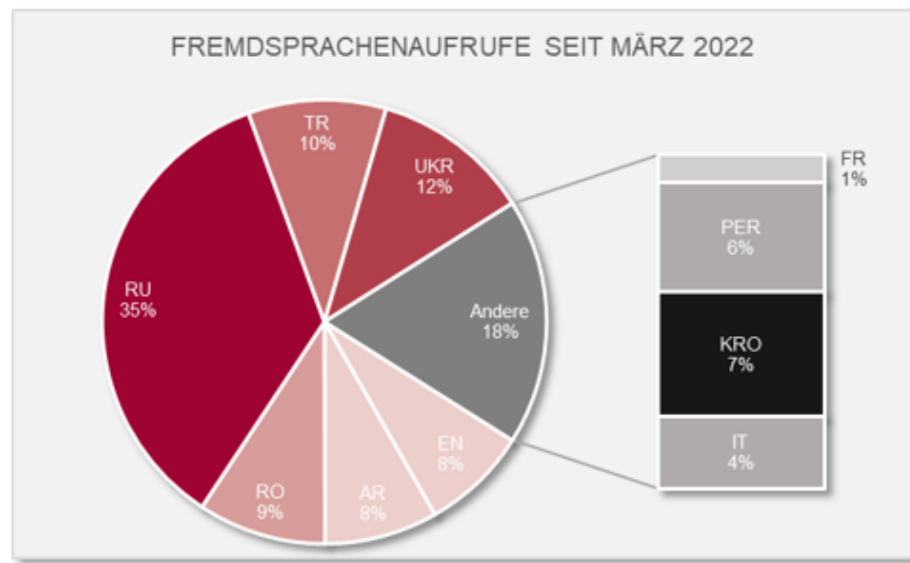
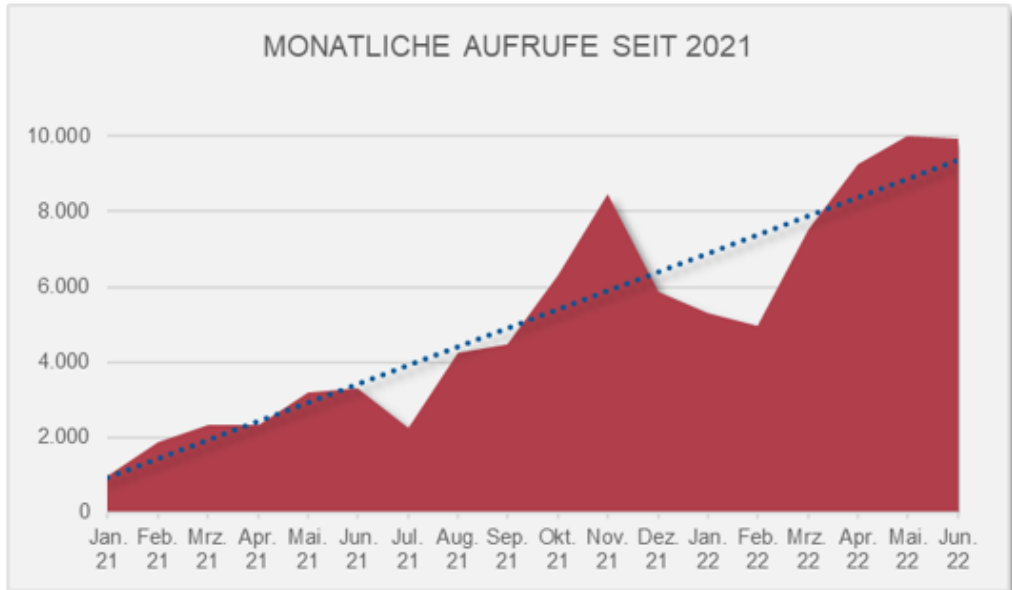
- **Netzwerk** bereits mit App **vertraut** → Verweis auf APP
- In Unterkünften und Rathäusern wurden **Plakate** zur Integreat APP auf **russisch** aufgehängt.
- **Ankunftsmappe** mit Infolyer zur Integreat APP
- Großer **Presseartikel** auf deutsch und ukrainisch mit Hinweis auf die Integreat APP.
- Netzwerkpartner/-innen verweisen in eigenem **Internetauftritt** auf APP.

Beispiel Landkreis Karlsruhe

Die Integreat App im Landkreis Karlsruhe

DIE INTEGREAT APP IN ZAHLEN

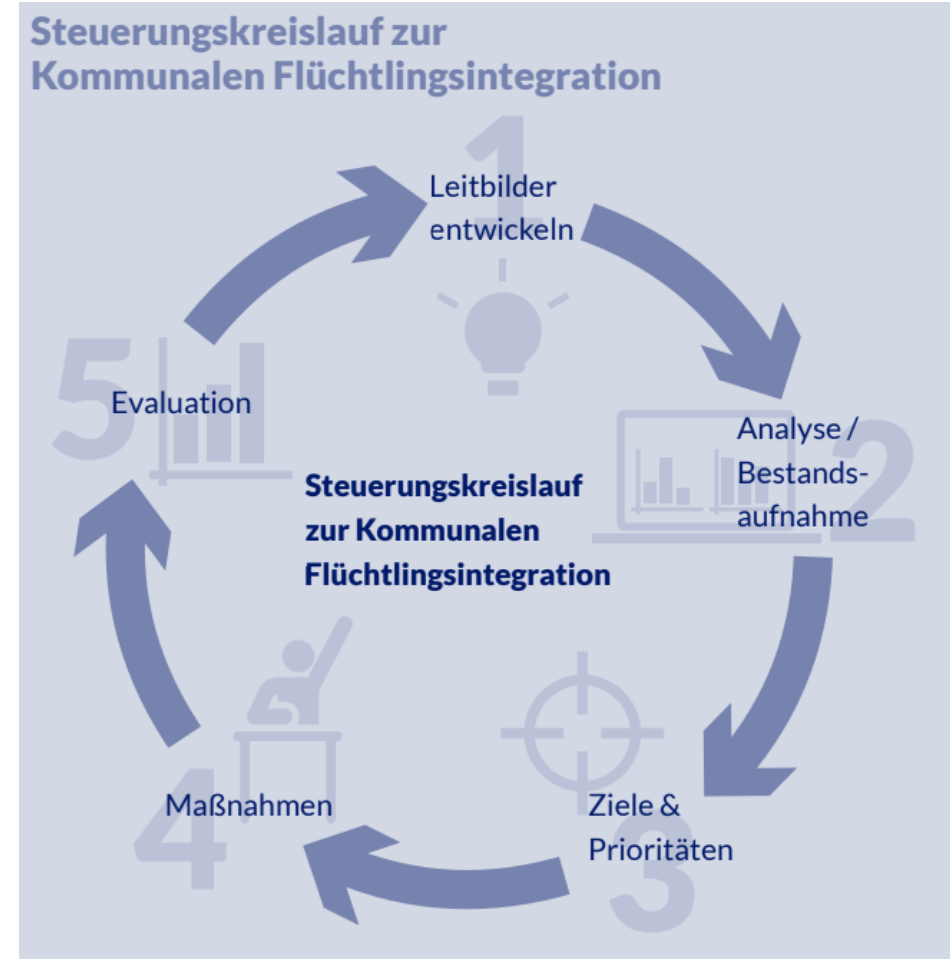
- Aktuell verfügbar in 11 Sprachen!
- Seit März/April 2022 auch auf ukrainisch
- Topwert: Mai 2022: 10.008 Aufrufe



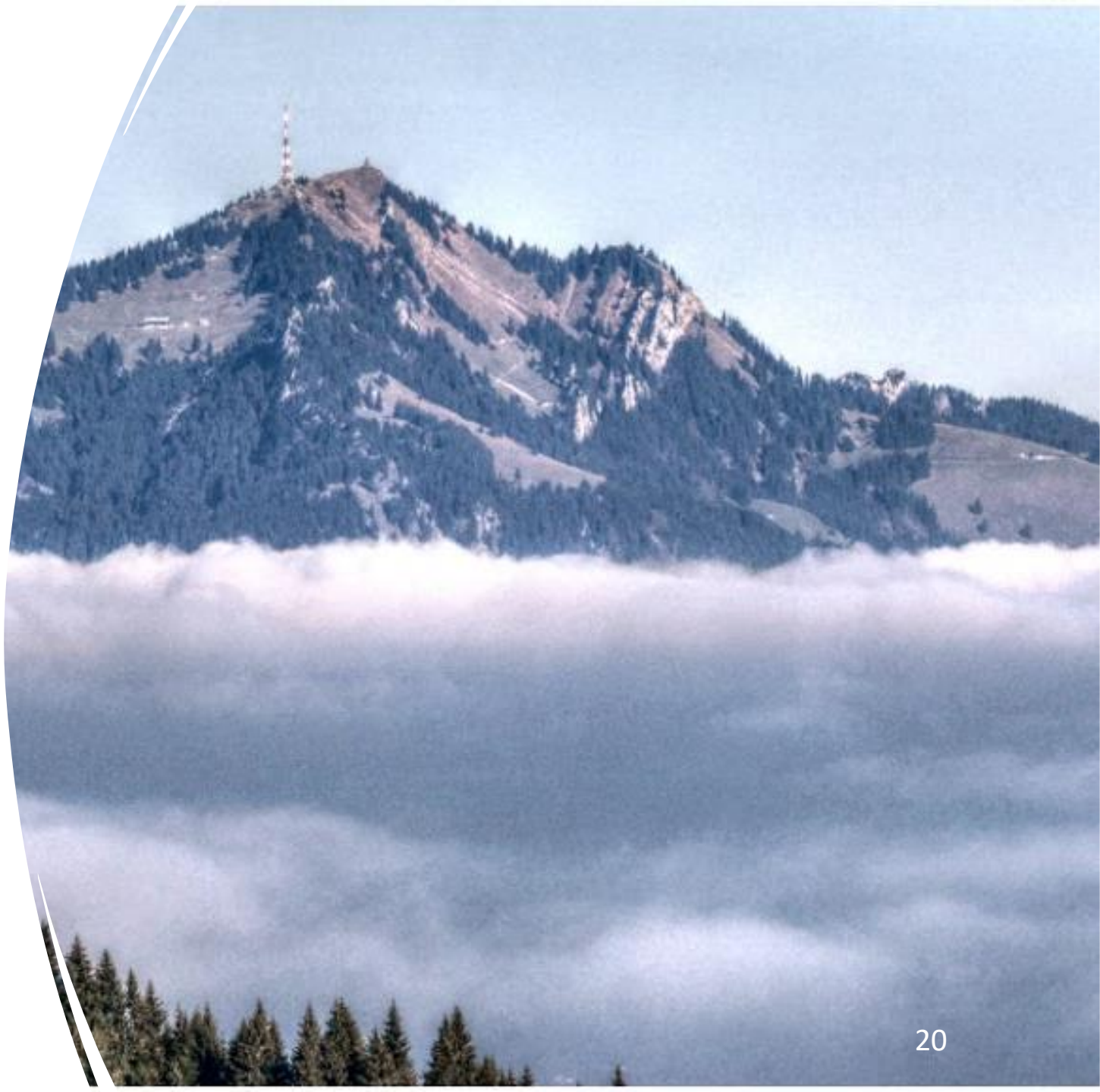
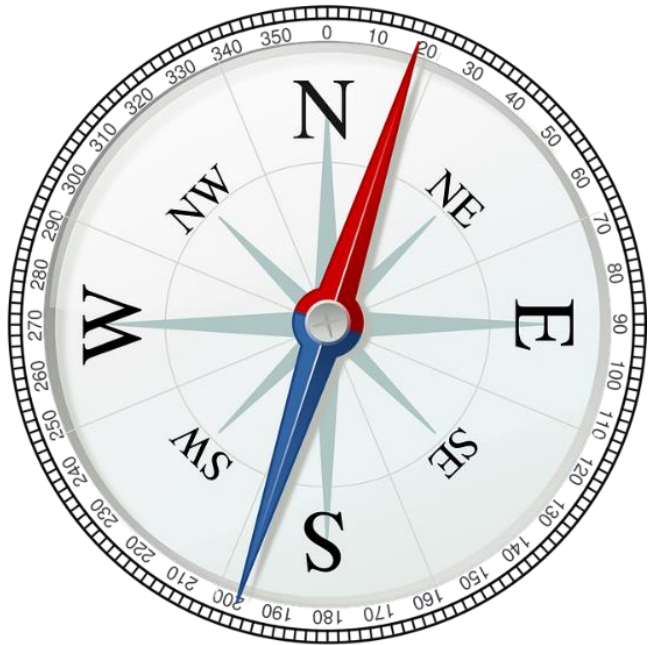
Seit März 2022:
47% der Fremdsprachenaufrufe in russisch oder ukrainisch!

Vorteile einer Strategie-Entwicklung

- Aktivitäten werden gebündelt
- Es wird zielgerichtet vorgegangen
- Gemeinsame Stärke wird entwickelt
- Finanzierung wird an den Zielen ausgerichtet
- Anhand von Indikatoren wird Wirkung „messbar“ bzw. auswertbar



Der Kompass hilft, den richtigen Weg trotz Hürden zu finden.



5 Erfolgsfaktoren für kommunale Integrations- und Vielfaltspolitik

1. Attribute erfolgreicher Kommunaler Integrations- und Vielfaltsarbeit:
 - **Strategisch**
 - **Konsultativ und vernetzend**
 - **Diversitätssensibel**
 - **Beteiligungsorientiert und engagement fördernd**
 - **Bedarfs- zielgruppen- und sozialraumbezogen**
 - **Wirkungsorientiert**
2. Hoher Stellenwert der Integrations- und Vielfaltsarbeit ist wichtig
3. Verbesserung der Qualität durch strategisch ausgerichtete Landesressourcen
4. Vereinfachte und gebündelte Förderstruktur von Bund, Ländern und Kommunen und eine bessere Einbindung kommunaler Expertise in Konzeption von überregionalen Förderprogrammen, Leitfäden
5. Aufwertung der lokalen Integrations- und Vielfaltspolitik durch Verankerung als Pflichtaufgabe



Vielen Dank!

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Claudia Walther

Senior Project Manager
Demokratie und Zusammenhalt
Telefon +49 5241 81-81360
claudia.walther@bertelsmann-stiftung.de
www.willkommen-in-kommunen.de

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Nymphenburger Str. 2
10825 Berlin

Dr. Frank Gesemann

Geschäftsführer
Telefon + 49 30 81486502
info@desi-sozialforschung-berlin.de
www.desi-sozialforschung-berlin.de



Podiumsdiskussion | Moderation: Patricia Jessen, Ibis Institut

Auf dem Podium:

Claudia Walther – Bertelsmann Stiftung, Senior Project Managerin

Oliver Lambrecht – Stadt Halle/Westf., Abteilungsleiter Soziales, Jugend, Senioren

Michel Gwosdek – Vorsitzender des Integrationsrates Rheda-Wiedenbrück

Susanne Koch – Kreis Gütersloh, Kreisdirektorin

Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen





Erarbeitung des neuen Integrationskonzeptes für den Kreis Gütersloh – Prozess und aktueller Zwischenstand

Dr. Anna Noack, KI Kreis Gütersloh & Patricia Jessen, Ibis Institut

Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen





1. Prozess



Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen





Hintergrund

- Ursprüngliches Konzept von 2012, **Neuaufgabe** erforderlich
- **Blick auf alle Zugewanderten Menschen**, aber insbesondere auf Menschen aus Mittel- und Südosteuropa, Geflüchtete, Menschen aus der Ukraine und bereits Ansässige mit anhaltendem Integrationsbedarf
- **Externe Begleitung** durch Ibis Institut Duisburg
- Begleitend: Entwicklung eines langfristigen **Integrationsmonitorings**

Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen





Zielsetzung des Prozesses

- **Beleuchtung der aktuellen Integrationslandschaft** im Kreisgebiet
- Erarbeitung künftiger **Zielsetzungen und Maßnahmeempfehlungen** zur Verstetigung und Optimierung der Integrationsarbeit unter Berücksichtigung von besonderen Zielgruppen und des Sozialraums
- Schaffung von **Transparenz**, insbesondere hinsichtlich von Angeboten und Akteur*innen
- Unterstützung der **Vernetzung der Akteur*innen**
- **Breite Beteiligung** (Haupt- und Ehrenamtliche, Städte und Gemeinden, interessierte Bürger*innen mit und ohne internationale/r Geschichte)



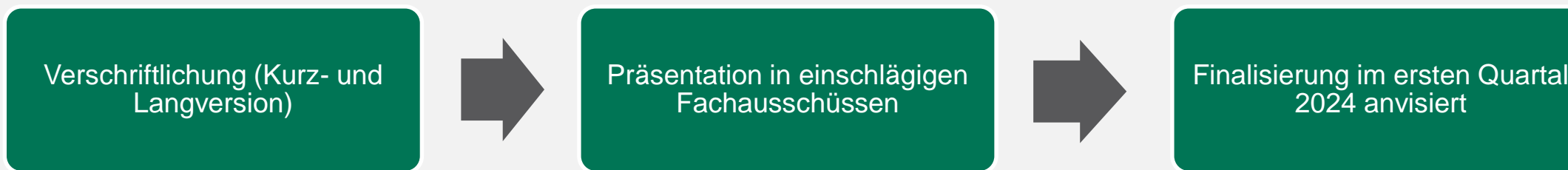


Schritte in der Entwicklung des kreisweiten Integrationskonzeptes

Beteiligungsphase



Verschriftlichungsphase



Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen



2. Zielsetzung und Ergebnisse der Befragungen

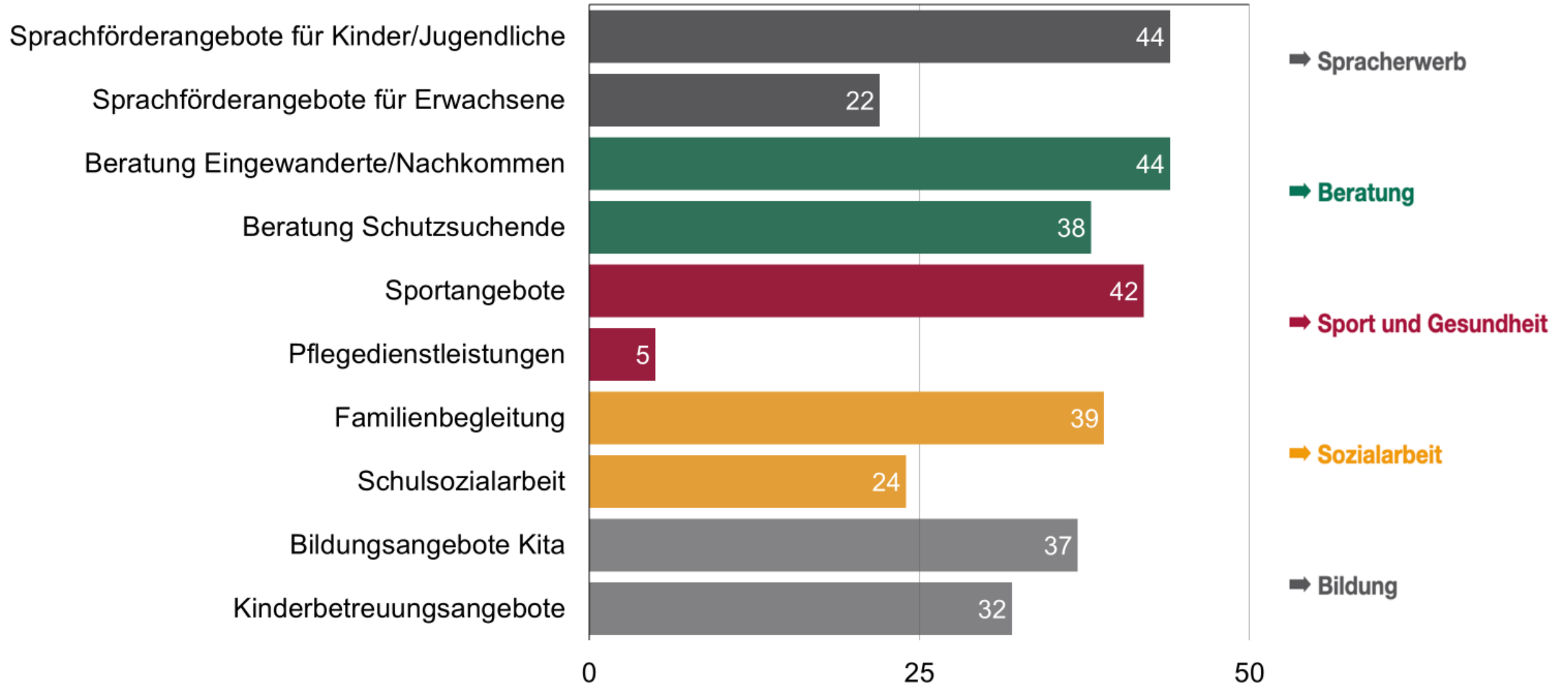
- Erfassung der **IST-SOLL-Situation** (z.B. Angebote, Vernetzung, Zielgruppen, Herausforderungen)
- Zentraler Teil des Gesamtkonzepts (mit der IST-SOLL-Analyse)
- **Grundlage** für die **Erarbeitung** von **Maßnahmeansätzen** in
 - der Integrationskonferenz
 - der Workshopphase

- **43 Interviews mit 47 Personen**, ein Interview als schriftliche Rückmeldung
 - **134 TN** bei der quantitativen Umfrage **GOs/NGOs**
 - **14 TN MSOs** (weniger umfangreiche Befragung)
- } explorativ,
nicht repräsentativ
- zusätzlich:
 - Rückmeldungen Steuerungsgruppe
 - Rückmeldungen von drei IK des Reinhard-Mohn BKK
 - Rückmeldung der Mitarbeitenden des KI

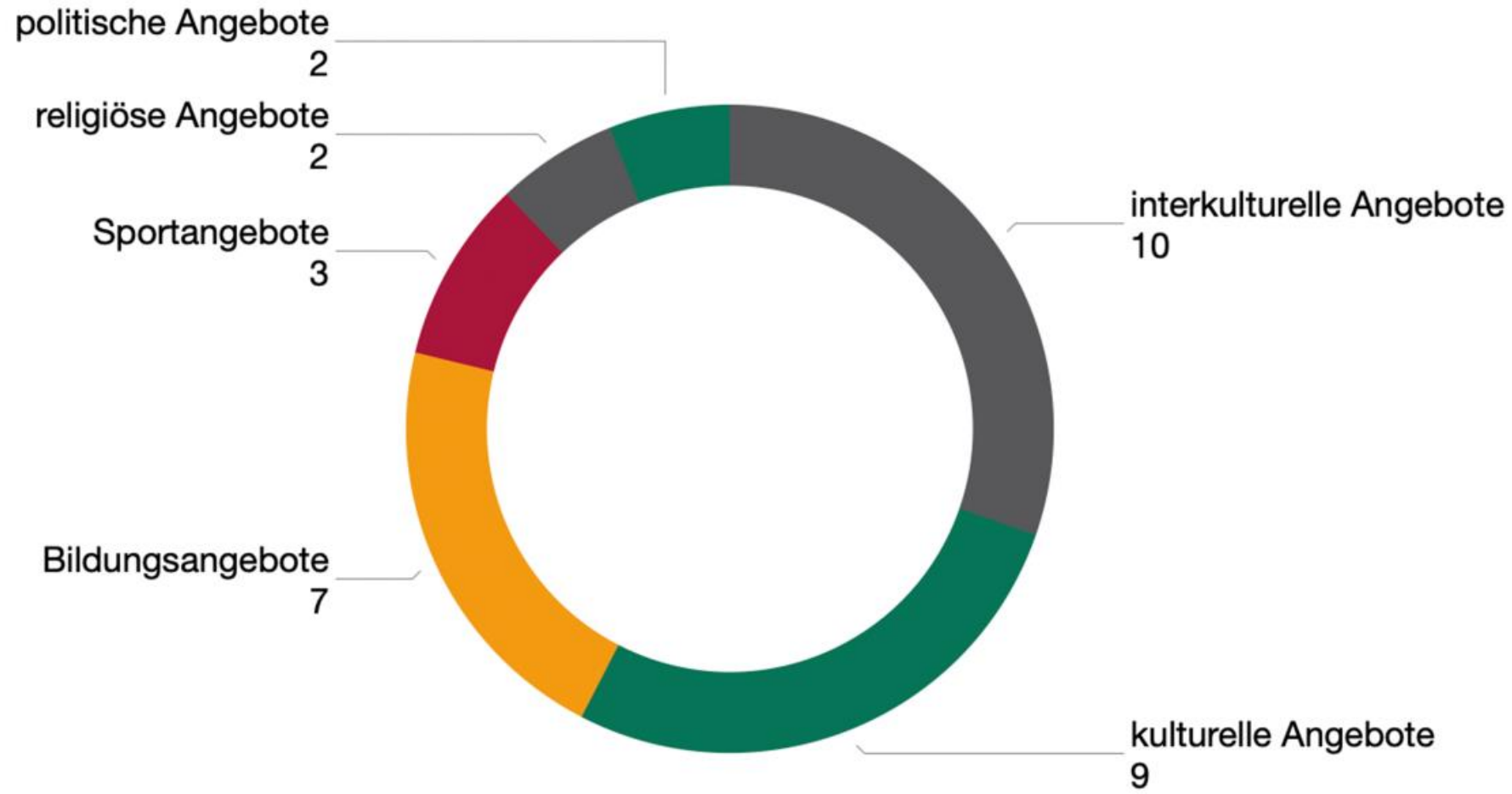
2.1 Art Angebote

quantitative Befragungen

Am meisten benannte Angebote in den Kategorien

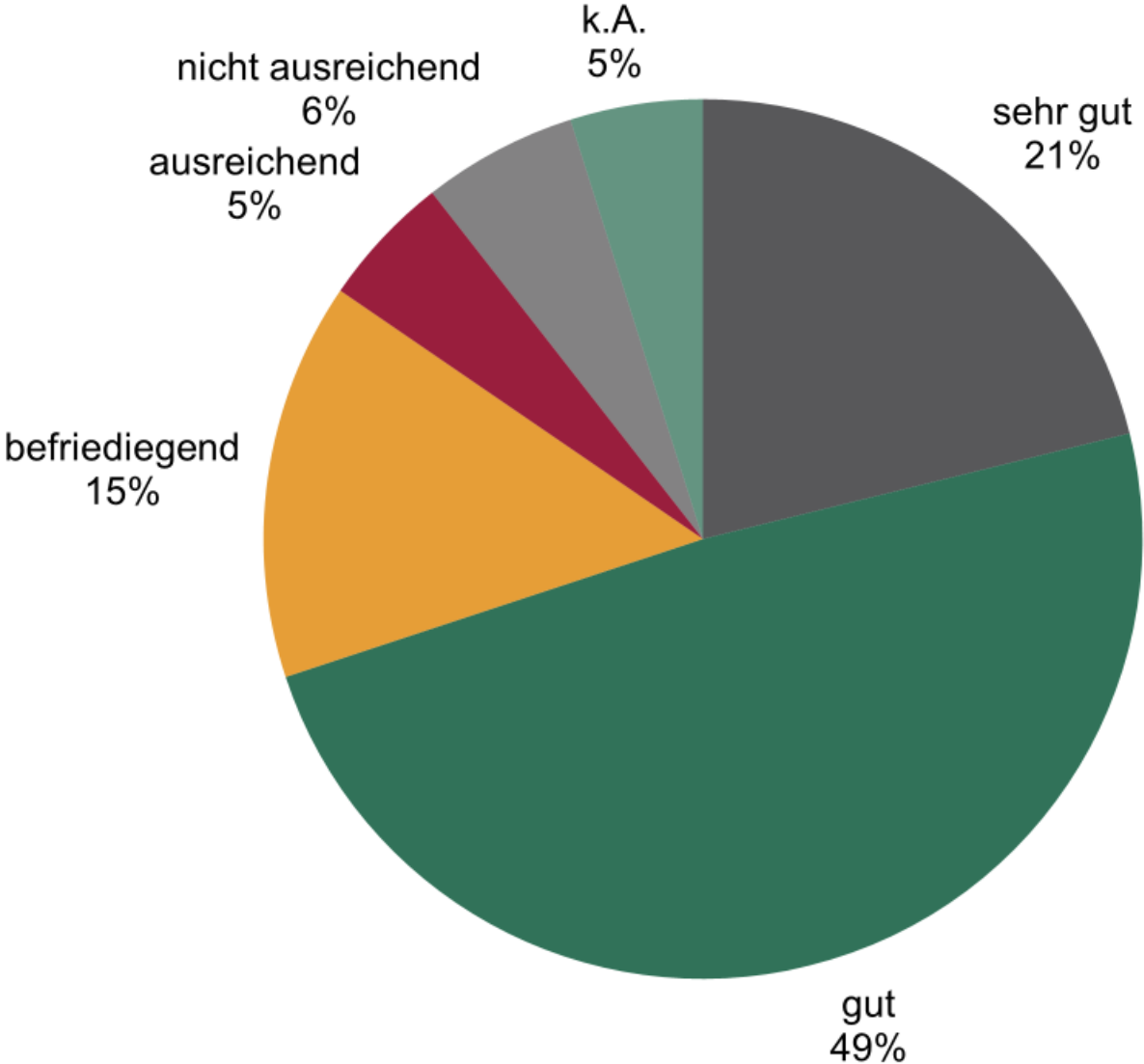


Art Angebote MSOs

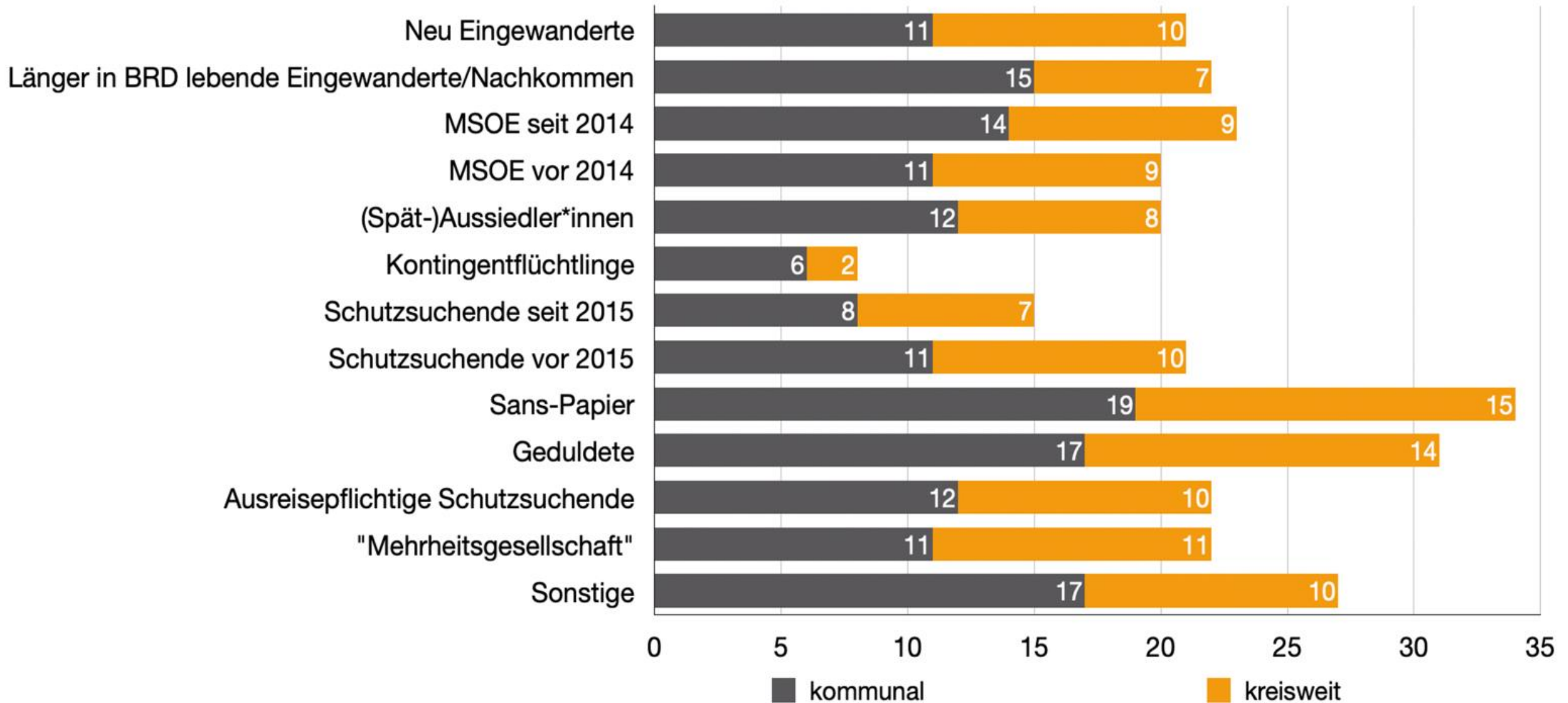


2.2 Nutzung Angebote und Zielgruppenerreichung quantitative Befragung GO/NGO

Nutzung der Angebote durch Zielgruppen



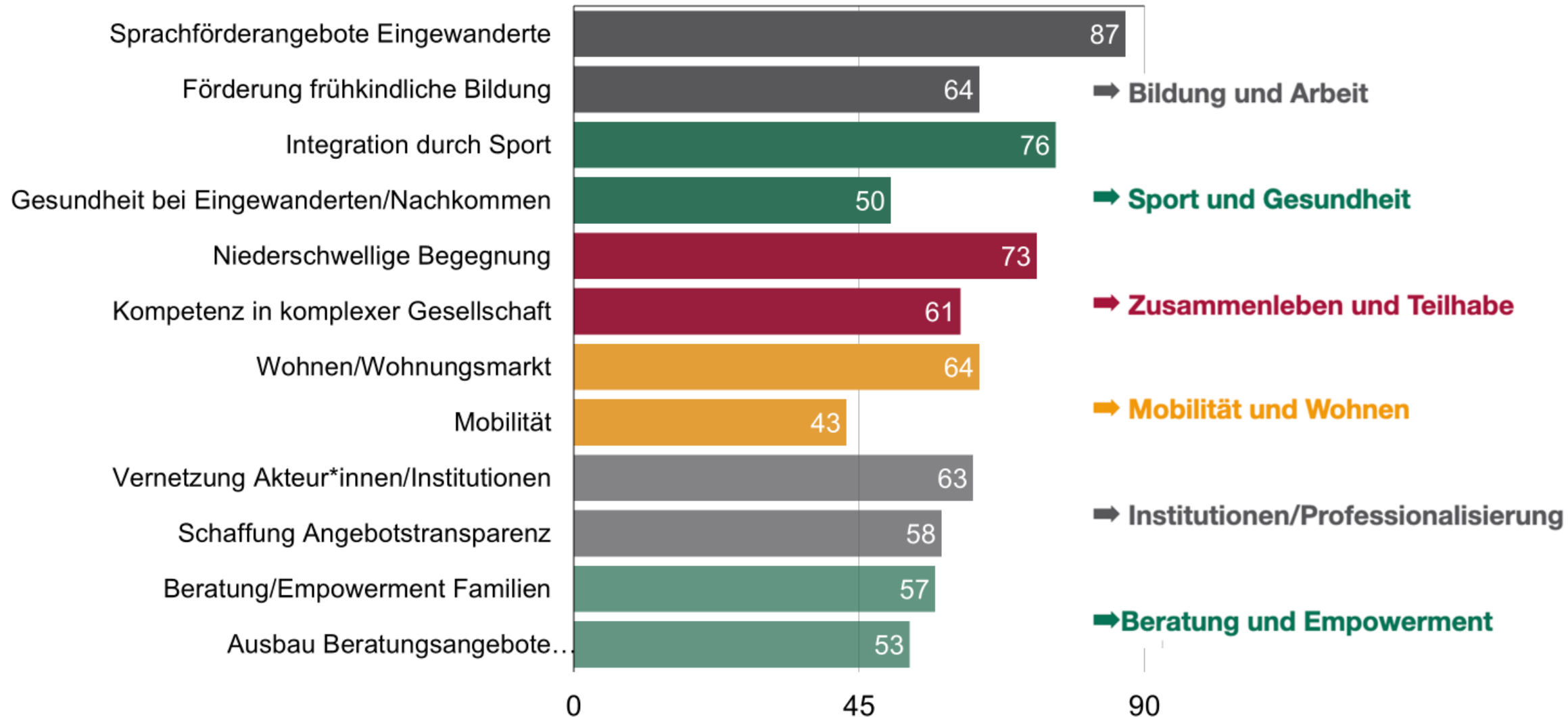
kaum erreichte Zielgruppen



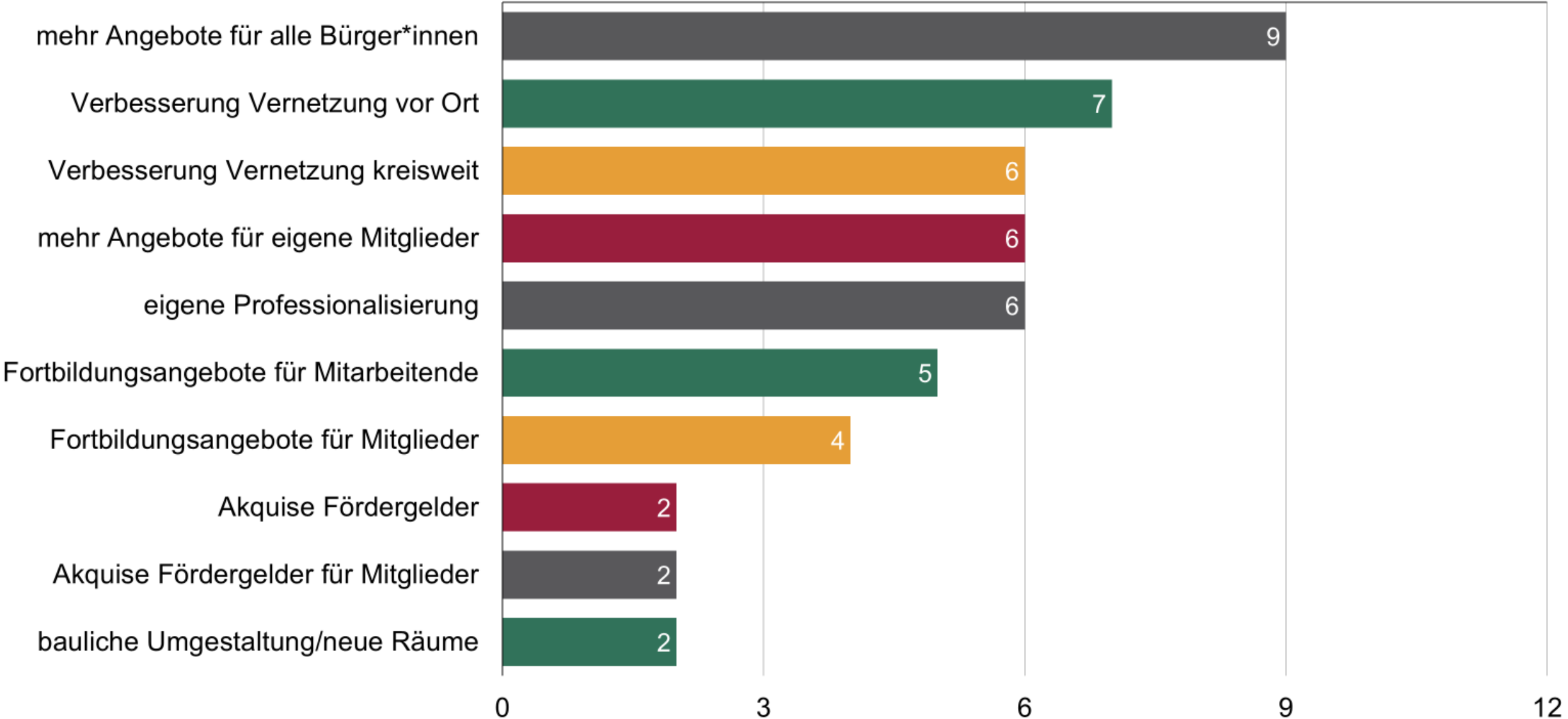
3. Künftige Bedarfe im Bereich der Integrationsarbeit

3.1 Benannte Bedarfe quantitative Befragungen

Wichtigste Bedarfe nach Kategorien



Bedarfe MSOs



3.2 Benannte Bedarfe qualitative Befragungen

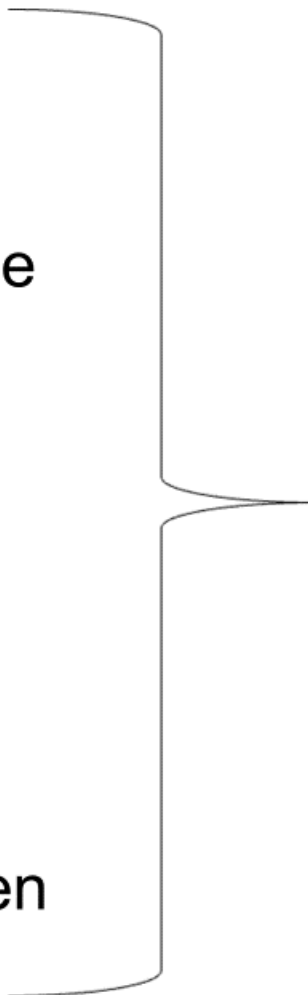
- **finanzielle** und **personelle Ausstattung** von **Institutionen** (vs. Arbeitsvolumen)
- **Vernetzung** und **Transparenz**
- **zielgruppenübergreifende** vs. **zielgruppenspezifische Bedarfe** (und darauf regierende Angebote/Zugänge)
- **flexible Sprachförderung** für heterogene Zielgruppen
- **Chancengleichheit Bildung**

- **Wohnsituation** für sozio-ökonomisch schlecht aufgestellte Gruppen
- **niederschwellige Hilfeleistungen** (Formularhilfe und Dolmetscher*innen)
- Umgang mit Formen **Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** (GMF) und deren Auswirkungen
- **Gesundheit** und **Pflege** im interkulturellen Kontext stärken

4. Überführung der Herausforderungen in eine Matrix

- **6 Handlungsfelder:**

- Sprache und Bildung
- Zusammenleben und aktive Teilhabe
- Gesundheit und Pflege
- Arbeit und Wirtschaft
- Wohnen und Mobilität
- Professionalisierung und Institutionen



mit Expert*innen
und interessierten Bürger*innen
Herausforderungen diskutieren
und Maßnahmeansätze erarbeiten
(Integrationskonferenz und
Workshopphase)



Workshop-Phase

17:00 – 18:45 Uhr



Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen



II. Ergebnisse der Arbeitsgruppenphase:

Priorisierte Herausforderungen und dazugehörige
Maßnahmeansätze nach Handlungsfeld

1. Sprache und Bildung

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
27	Es fehlt an Transparenz von Verantwortlichkeiten, Entscheidungsbefugnissen und ggf. an Konzepten für die Schulen. Zudem wäre eine Vernetzung der Institutionen sinnvoll.	<ul style="list-style-type: none"> - Schulen - Lehrer*innen - Schulamt 	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung eines Netzwerks mit unterschiedlichen Schwerpunkten bei jedem Treffen (ggf. vierteljährliches Intervall)
19	Die Möglichkeiten, Kinder in das Schulsystem zu integrieren (z.B. über die Internationalen Klassen), sollte evaluiert und ggf. angepasst bzw. optimiert werden. Hierzu ist auch der Austausch zwischen den Schulen zu stärken.	<ul style="list-style-type: none"> - Schulen 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Wünsche geflüchteter Schüler*innen werden bei der Verortung in Klassen stärker mit eingebunden. - Geflüchtete Schüler*innen müssen als Schüler*innen gezählt werden und bei der Klassengröße berücksichtigt werden. - Übergänge in den regulären Unterricht müssen langfristiger geplant werden.
16	Grundschulen, weiterführende Schulen und Berufskolleg haben zu wenig Lehrpersonal (z.B. im Bereich DaZ und DaF oder beim Erlernen sozialer Kompetenzen) und flankierende Projekte, um die Bedarfe von neu eingewanderten und geflüchteten Schüler*innen (ggf. ohne Schulerfahrung) aufzufangen.	<ul style="list-style-type: none"> - Grundschulen, weiterführende Schulen und Berufskolleg - neu eingewanderte und geflüchtete Schüler*innen 	<ul style="list-style-type: none"> - Beachtung der Heterogenität im Klassenraum - Beachtung der laufenden Veränderung durch Neuaufnahmen
		<ul style="list-style-type: none"> - Personen mit DAZ/DAF Quali 	<ul style="list-style-type: none"> - Anerkennung des Titels DAF/DAZ als Lehramtsbefähigung

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
15	Die Vermittlung von neu eingewanderten und geflüchteten Kindern an Schulen muss schneller und besser begleitet erfolgen.	- neu eingewanderte und geflüchtete Schüler*innen und deren Eltern	
8	Es gibt nicht in jeder Kommune/Gemeinde ausreichend, wohnortnahe Kita-Plätze um eine frühestmöglich ansetzende frühkindliche Bildung (soziale Kompetenzen, Spracherwerb) zu gewährleisten. Hier sind innerhalb der Kommunen und Gemeinden ggf. auch zusätzliche Unterschiede zwischen Stadtteilen und Quartieren zu berücksichtigen	- sämtliche Familien und deren Kinder unter besonderer Berücksichtigung von Kindern mit Defiziten im sprachlichen Bereich und/oder im Bereich der sozialen Kompetenz	

2. Zusammenleben und aktive Teilhabe

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
11	Es gibt im Kreisgebiet unterschiedliche Erfahrungen mit der Gewinnung, Koordination und Bindung von ehrenamtlich Tätigen in der Arbeit mit Geflüchteten.	<ul style="list-style-type: none"> - Institutionen, die mit Ehrenamtler*innen arbeiten - Institutionen, die in der Kommune Ehrenamt koordinieren können - potentielle und bereits aktive Ehrenamtler*innen 	<ul style="list-style-type: none"> - Etablierung einer langfristig ausgerichteten, zentral koordinierten und vernetzten Ehrenamtsarbeit, die bei Bedarf „hochgefahren“ werden kann (Stichwort „Institutionalisierung“) - Im öffentlichen Raum (z.B. Plakate) sowie an Schulen über Ehrenamt informieren und dafür werben. Hier auch deutlich machen, welche Vorteile die Ausübung eines Ehrenamtes hat (z.B. auf Möglichkeit der Ehrenamtskarte hinweisen). - Die ehrenamtliche Arbeit muss immer wieder explizit anerkannt und wertgeschätzt werden (sei es verbal oder über Vergünstigungen o.ä.). - den Austausch von Haupt- und Ehrenamt (auf Augenhöhe) intensivieren, um Schnittstellen und Grenzen klarer zu definieren - Freistellungen für ehrenamtliches Engagement - Schnupperangebote im Ehrenamt, um einen „sanften Einstieg“ zu schaffen. - Patenschafts- und Tandemprojekte (interkulturell wie intergenerational) - Schulungs- und Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche
9	Es gibt auch im Kreis Gütersloh Abwehrreaktionen der aufnehmenden Bevölkerung gegenüber neu Eingewanderten bzw. Geflüchteten. Auch bereits länger hier lebende Menschen mit Einwanderungs- und/ oder Fluchtgeschichte zeigen diese Abwehrreaktionen. Diese Abwehrreaktionen können in Rassismus und andere Formen von GMF münden/ mit diesen einhergehen.	<ul style="list-style-type: none"> - alle im Kreis Gütersloh lebenden Menschen 	<ul style="list-style-type: none"> - GMF bei Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte berücksichtigen (Stichwort ethnische und religiöse Konflikte aus Herkunftsländern, Homophobie) - Förderung des Interreligiösen Dialogs - und zwar von klein auf, auch im Rahmen des Religionsunterrichts an Schulen. - Schaffung von Aufklärungsangeboten

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
7	Es fehlt an offenen Treffpunkten, wo sich verschiedenste Menschen niederschwellig treffen können (Themen sind z.B. Örtlichkeit, entstehende Kosten).	<ul style="list-style-type: none"> - alle im Kreis Gütersloh lebenden Menschen - Frauen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte - Jugendliche 	<ul style="list-style-type: none"> - Installation von Gemeinwesens- und Quartiersarbeit, die Angebote auf Grundlage vorhandener Bedarfe, Interessen und Ressourcen schafft und Menschen (insb. auch eingewanderte und geflüchtete Menschen) aktiviert, sich einzubringen - gemeinsames Tun und Austausch in den Mittelpunkt stellen (Sport, Musik, Essen)
7	Das Bild von „Integration“, „Flucht“ und „Einwanderung“ in der Bevölkerung ist oft eher von negativen Nachrichten geprägt	<ul style="list-style-type: none"> - alle im Kreis Gütersloh lebenden Menschen - Medienschaffende und Journalist*innen - Parteien und Politiker*innen 	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung von Schulungen und Qualifizierungen zur Wirkung von Sprache, da — auch abseits von Medien — ein Framing durch Sprachbilder stattfindet (z.B. „Kipp-Punkt“, „Das Boot ist voll“...), die zu negativen Assoziationen führen. - Schaffung von Notfall- bzw. Krisenmanagementstrukturen
6	Die Teilhabe/ Integration von Geduldeten gestaltet sich schwierig.	<ul style="list-style-type: none"> - Geduldete 	<ul style="list-style-type: none"> - offene Angebote schaffen, an denen alle Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus teilnehmen können (Themen sind z.B. Örtlichkeit, entstehende Kosten) - Geduldete als „normale“ Einwohner*innen anerkennen, z.B. in Sprachkursen - Herstellung von Transparenz und Kommunikation über die bestehenden Herausforderungen mit der Zielgruppe, um die Akteur*innen zu sensibilisieren und noch mehr offene Angebote zu schaffen

3. Gesundheit und Pflege

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
12	Es fehlt an Dolmetscher*innen, die bei medizinischen Beratungsgesprächen übersetzen können.	(neu) Eingewanderte und Geflüchtete; medizinisches Personal	- Sprachlots*innen auch im Gesundheitsbereich einsetzen (aktuell nicht erlaubt)
12	Es fehlt an einer niederschweligen Heranführung an das Thema Gesundheitsvorsorge, Prävention und Gesundheitssystem.	Frauen mit und ohne Einwanderungs- bzw. Fluchthintergrund; alle Menschen mit und ohne Einwanderungs- bzw. Fluchthintergrund, die von einer niederschweligen Heranführung profitieren Eingewanderte aus MSOE ins. Romin*ja und ggf. Sint*izze	<ul style="list-style-type: none"> - möglichst unverbindliche, niederschwellige, mehrsprachige Angebote, die jedoch regelmäßig stattfinden - Online Formate nutzen, Best-Practice: „digital Streetwork“ - mehr Unterstützung für Ehrenamtliche - möglichst mehrsprachige Beratung, quartiersnah (Prinzip „Gemeindegewester“/„Kümmerer“). - mit (mehrsprachigen) mobilen Sprechstunden vorhandene (Freizeit-)Angebote aufsuchen (z.B. Beratungsangebot in der Suppenküche) - unabhängige Beratungsstrukturen schaffen
10	Es fehlt an Allgemeinmediziner*innen, die neu eingewanderte und geflüchtete Menschen betreuen können (Thema Patientenstopp)	(neu) Eingewanderte und Geflüchtete	<ul style="list-style-type: none"> - vorhandene Potenziale nutzen und Zugänge erleichtern, z.B. Fachpersonal, ohne in Deutschland gültige Arbeitserlaubnis; Rentner*innen; Student*innen - Mediziner*innen mit dem System der Behandlungsscheine vertraut machen

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
7	Es gibt zu wenig Unterstützung von psychisch erkrankten bzw. traumatisierten Eingewanderten und Geflüchteten durch (interkulturell und traumtherapeutisch) geschultes und mehrsprachiges Personal.	psychisch erkrankte bzw. traumatisierte Eingewanderte und Geflüchtete	- psychosoziale Beratung (möglichst in der Heimatsprache) ausweiten, so dass sie wohnortnah erfolgen kann (Best-Practice: Pension Plus/GfS Bielefeld); hier könnten auch flankierend Studierende/ in Ausbildung begriffene Personen aus dem Gesundheitssektor mitwirken.
6	Es fehlt an interkulturell geöffneten Pflegeeinrichtungen (mobil, stationär) im Bereich der Altenpflege wie auch der Pflege von Menschen mit Behinderungen. Corona hat sich hier ggf. zusätzlich ausgewirkt.	Eingewanderte, ihre Nachkommen und Geflüchtete mit Beratungsbedarf	

4. Arbeit und Wirtschaft

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
25	Flexible Sprachförderangebote und weitere Förderangebote, die Arbeitnehmende und Auszubildende arbeitsbegleitend qualifizieren, da viele an Sprache (und bei Ausbildung ggf. Berufsschule) scheitern.	Eingewanderte (auch aus MSOE) und Geflüchtete	<ul style="list-style-type: none"> - Sprachwerkstatt „Fachdeutsch“ - vorhandene Möglichkeiten bekannter machen (z.B. über Peer-Groups) - Qualifikation in kurzer Zeit durch kurze Intensivangebote ermöglichen, um qualifiziertere Tätigkeiten als „unqualifizierte Hilfsarbeiten“ ausführen zu können - Open-Source LUNES-App zur Fachsprachenerlernung bekannter machen und nutzen - Flexibilisierung des Ausbildungssystems z.B. Teilzeitausbildung, Angebot anderer Kurse bei (anerkannten und nicht anerkannten) (Teil-)Qualifikationen
15	Arbeitgebende müssen stärker für die Einstellung von hier lebenden Eingewanderten und Geflüchteten sensibilisiert werden, um dann im Prozess engmaschig begleitet zu werden.	Unternehmer*innen, kleine, mittelständische und große Unternehmen aus Industrie und Handwerk	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbildungsbegleitende Hilfen (auch Deutschkurse), deren Vorteile und Abläufe bekannter machen - in Betrieben Anreize für Freistellung von Auszubildenden zur Teilnahme an Sprachkursen/Kursen für andere Qualifikationen schaffen - Mehrwert der Fachkraft (im Vergleich zur Hilfskraft) verdeutlichen - Arbeitgeber*innen über Rechtsstatus und Rechte von Geflüchteten (inkl. Geduldeten) in Bezug auf Arbeit und Ausbildung informieren (welche Stufen von Aufenthaltsrecht gibt es, Übernehmen trotz Duldung, Ausbildungsduldung etc.) - Arbeitgeber*innen mit den Akteur*innen an einen Tisch bringen. Möglichkeiten, Bedarfe und Sorgen erörtern - kleinere Projekte bei einem Arbeitgeber mit enger Betreuung initiieren

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
11	Es werden zu wenig berufliche Qualifikationen und Kompetenzen anerkannt. Die mögliche Anerkennung erfolgt zudem nicht im genügenden Umfang.	Eingewanderte und Geflüchtete	
	Trotz Fachkräftemangel schaffen es zu wenig Geflüchtete (sowie Eingewanderte) in den ersten Arbeitsmarkt, auch wenn sie ggf. bereits seit Jahren hier leben. Prekäre Arbeitssituationen und mangelnde Anerkennung von Qualifikationen führen zu schwierigen sozio-ökonomischen Situationen, die Teilhabe erschweren.	Geflüchtete (und Eingewanderte) die ggf. auch bereits länger hier leben, ggf. auch ohne Schulabschlüsse oder mit geringerer Qualifikation	- spezifische Maßnahmeansätze für Geduldete mitbedenken
	Hierbei zentrale Teilherausforderungen:		
13	Der Kreis muss eine Haltung formulieren wie er das Thema Arbeit und Wirtschaft angehen will. Er muss als gutes Beispiel vorangehen und erklären, was er ermöglichen will.		
8	Die Berufe müssen besser vorgestellt (nicht nur im schulischen Kontext) werden, auch bei Personen die bereits eine Ausbildung o.ä. haben. Am besten werden diese direkt mit Besuchen in entsprechenden Betrieben verbunden.		

5. Wohnen und Mobilität

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
9	Es fehlt an preisgedämpftem und öffentlich gefördertem Wohnraum. Die Energiekrise verstärkt die Wohnraumkrise weiter.	<ul style="list-style-type: none"> - alle im Kreis Gütersloh Lebenden, insbesondere Menschen in schwierigen sozio-ökonomischen Verhältnissen 	<ul style="list-style-type: none"> - Holzhäuser bauen oder in einer Leichtbauweise neue Unterkünfte bauen, um die Kosten zu senken - Über andere Wege als den privaten/städtischen Wohnungsbau Projekte anstoßen (z.B. über Stiftungen, Wohnungsbaugenossenschaften und karitative Ansätze der Kirchen) - Schlüssel, der den geförderten Wohnungsbau regelt, müsste geöffnet werden.
8	Es gibt überall im Kreisgebiet zentrumsnah gelegene, dezentrale Unterbringungen für Geflüchtete.	<ul style="list-style-type: none"> - Geflüchtete in Erstaufnahmeeinrichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Holzhäuser bauen oder in einer Leichtbauweise neue Unterkünfte bauen, um die Kosten zu senken
8	Es gilt den ÖPNV kreisweit attraktiver zu gestalten, damit alle, die auf ihn angewiesen sind (z.B. um zur Schule, zur Arbeit, zum Sprachkurs etc.) zu gelangen, ausreichend mobil sind. Gerade in den ländlichen Teilen und zwischen den Kommunen/Gemeinden muss hier ggf. nachgebessert werden.	<ul style="list-style-type: none"> - alle auf den Nahverkehr angewiesene Menschen, insbesondere auch Eingewanderte, ihre Nachkommen und Geflüchtete 	

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
6	Auch auf dem Wohnungsmarkt gibt es Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, so dass Eingewanderte, ihre Nachkommen und Geflüchtete besonders benachteiligt sind (insbesondere aus dem Nahen und mittleren Osten, MSOE sowie dem afrikanischen Raum).	- Eingewanderte, ihre Nachkommen und Geflüchtete (insb. aus dem Nahen und Mittleren Osten, MSOE sowie dem afrikanischen Raum)	- „Beziehungspflege“: unterschiedliche „(Wohn-)Kulturen“ vorstellen, um Ängste abzubauen
3	Geflüchtete und neu Eingewanderte sind nicht genügend über ihre Rechte und Pflichten als Mieter*innen informiert.	- sämtliche neu eingewanderten und geflüchteten Menschen	- Mietführerscheine o.ä., damit neu Eingewanderte die für sie neuen Rechte und Pflichten kennen lernen (z.B. der Umgang mit Müll). - Haupt- und ehrenamtliche Kümmer*innen, gekoppelt an sensibilisierte und interkulturell kompetente Hausmeister*innen
3	Es müssen flankierend zum ÖPNV weitere Möglichkeiten der individuellen Mobilität (möglichst umweltfreundlich) gestärkt werden.	- Geflüchtete - alle im Kreis Gütersloh lebende Menschen	- Alternative Angebote bekannter machen (z.B. Taxi on Demand/BB Steinhagen). Dabei Mehrsprachigkeit beachten u. ermäßigte Preise für neu Eingewanderte institutionalisieren.

6. Institutionen und Professionalisierung

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahemansätze
15	Es fehlt an einer Formularhilfe, an die sich alle, die wenig oder kein (Amts-)Deutsch verstehen, wenden können.	<ul style="list-style-type: none"> - alle Menschen, die kein oder wenig Amtsdeutsch verstehen 	<ul style="list-style-type: none"> - zentrale Inhalte von Formularen in „Leichter Sprache“ formulieren (um Ängste abzubauen) - Nutzung von Beratungshilfescheinen vom Amtsgericht - „räuberischen Dienstleister*innen“ gezielt entgegenwirken, die Menschen und ihre Nöte ausnutzen
13	Es fehlt an (professionellen) Dolmetscher*innen, die schnell und ggf. kostenlos Verwaltungen und Bildungsinstitutionen zur Verfügung stehen.	<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungen - Bildungseinrichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausweitung des Dolmetscher*innenpools des KI und/oder Initialisierung von solchen Pools auf kommunaler Ebene; hierfür die wichtigsten Sprachen kreisweit und auf kommunaler Ebene identifizieren - Sprachmittlung muss gelernt sein - nicht „einfach“ Lai*innen (Verwandte, Freunde, Arbeitskolleg*innen) ohne Fortbildung hinzuziehen (Stichwort Neutralität) - An Alltagshelfer*innen anbinden - systemimmanent denken: ggf. (extra hierfür zu schulendes) mehrsprachiges Personal im eigenen Haus mitdenken und -nutzen (Grenzen der Arbeitsbelastung UND der interkulturellen/sprachmittlerischen Fähigkeiten beachten!) - „räuberischen Dienstleister*innen“ gezielt entgegenwirken, die Menschen und ihre Nöte ausnutzen
10	Es muss in sämtlichen Kommunen und Gemeinden eine*n hauptamtliche*n Integrationsbeauftragte*n geben, der die Arbeit vor Ort koordiniert und steuert.	<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltung, ggf. auch auf Kreisebene 	<ul style="list-style-type: none"> - Integrationsbeauftragte vor Ort etablieren, die hauptamtlich bei der Kommune angestellt sind; gerne „Quereinsteiger*innen“, die thematisch bewandert sind - Etablierung eines „Integrationskreistages“ aus Expert*innen verschiedener Handlungsfelder, um Integrationsbeauftragte und KI zu unterstützen

Priorisierung (erhaltene Stimmen)	Herausforderung	Zielgruppe	Maßnahmeansätze
8	Die interkulturelle (bzw. diversitätsorientierte) Öffnung von Organisationen, auch der Verwaltung, auf Ebene des Kreises, der Kommunen und Gemeinden, muss weiter vorangetrieben werden.	<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungen - Bildungseinrichtungen (Kitas!) 	<ul style="list-style-type: none"> - in jeder Institution möglichst mehrsprachiges Personal (Grenzen der Arbeitsbelastung UND der interkulturellen/sprachmittlerischen Fähigkeiten beachten!) - Perspektiven der Betroffenen einbeziehen
6	Es fehlt an Transparenz über - auch über basale - Angebote (Stichworte: Methode der Ansprache, Mehrsprachigkeit, gewähltes Medium).	<p>sämtliche neu Eingewandert (inkl. MSOE) und Geflüchtete</p> <p>haupt- und ehrenamtlich im Bereich „Integration“ Tätige</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Infokioske o.ä. an Orten, die vielfach genutzt werden (Kitas, MSOs, Sprachkursträger) - „räuberischen Dienstleister*innen“ gezielt entgegenwirken, die Menschen und ihre Nöte ausnutzen - vorhandene Angebote zielgruppengerecht bekannt machen - Ansprache vieler Zielgruppen muss niederschwellig und persönlich erfolgen, da digitale Möglichkeiten diese nicht erreichen (mögliche Faktoren sind hier kultureller Natur und/oder ggf. auch Bildungsbenachteiligung)
6	Die Vernetzung auf Kreisebene muss gestärkt werden (auch, da viele Netzwerke durch Corona „eingeschlafen“ sind).	<ul style="list-style-type: none"> - hauptamtlich im Bereich „Integration“ Tätige (z.B. im Bereich Bildung, Verwaltung, Freie Träger/Wohlfahrtsinstitutionen) - Bildungseinrichtungen - MSOs 	



Ansprechpartner*innen im Kommunalen Integrationszentrum



Manuel Erdmeier
05241 85-1540
M.Erdmeier@kreis-guetersloh.de

www.ki-gt.de

Dr. Anna Noack
05241 85-1551
A.Noack@kreis-guetersloh.de

www.ki-gt.de

Dr. Agnieszka Alers-Nieksch
05241 85-1524
A.Alers-Nieksch@kreis-guetersloh.de

www.ki-gt.de

Hannah Plein
05241 85-150
H.Plein@kreis-guetersloh.de

www.ki-gt.de

Das Kommunale Integrationszentrum wird gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen

